

Haushaltsrede FWG Kaarst (Josef Karis) 2022

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren,

es soll ja in diesem Hause Leute geben, die uns als Querulanten bezeichnen, weil wir uns stets als Anwalt der Bürger/innen in Kaarst verstehen. Warum wir mit dieser Bezeichnung trotzdem gut leben können sei Ihnen zum Anfang meiner Rede kurz erläutert. Der anerkannte und wohlbekannte Jurist und Kriminologe Joachim Hellmer plädierte bereits 1980 dafür, den Begriff „Querulanz“ aus dem Vokabular der Rechtswissenschaftler zu streichen. Querulanz sei „weder eine Geisteskrankheit noch ein die Geschäfts-, Prozess- oder Zurechnungsfähigkeit berührender Zustand, sondern

hartnäckige Kritik und furchtloser Widerspruch gegen irgendwelche Zu- oder Missstände, meistens besonders intelligenter und sensibler Menschen.

Nach dieser Definition fühlen wir uns in unserer Arbeit trefflich gut beschrieben.

Zurück zur Sache:

...Der normale Bürger ist durch ständig steigende Abgaben – veranlasst durch die Bundespolitik - kaum noch in der Lage, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, dass, was er auf der „hohen Kante“ hat, wird nicht angemessen verzinst und durch die Rekordinflation aufgefressen. Da sollten wir wenigstens auf kommunaler Ebene für Stabilität sorgen und den Bürger vor weiteren Preissteigerungen gleich welcher Art schützen. Dass das in Kaarst funktionieren kann, werden Sie gleich meinen Ausführungen entnehmen können.

Dass der Bürger die Zeche für die Unfähigkeit der Politiker jetzt an der einen oder anderen Stelle zahlen soll, dagegen kämpft die FWG Kaarst. So wollen einige Kommunalpolitiker weiter keine Beitragsfreiheit für Kita- und Ganztagsbetreuungsplätze, um Haushaltsdefizite abzubauen. Das aber gerade diese Beitragsfreiheit junge Familien nach Kaarst lockt, will sich einigen Politikern einfach nicht erschließen. Das gilt umso mehr, wenn man den demografischen Wandel bedenkt. Das Durchschnittsalter der Kaarster Bevölkerung liegt bei stattlichen 60 Lebensjahren.

Die FWG Kaarst wird sich den Versuchen, den Bürger für die Fehler der Politik heranzuziehen, entschlossen entgegenstellen.

Die Umwelt und die verpassten Chancen!

Die regierenden Parteien zeigten sich „nachhaltig beratungsresistent“ gegenüber innovativen Ideen dem Klimawandel entgegenzutreten, oder zumindest die Umwelt deutlich zu entlasten. So stellte die FWG Kaarst ein Konzeptpapier vor, wie sich CO₂-Emissionen aus der Luft filtern lassen und als Treibstoffe wiederverwendet werden können. Leider hat sich die politische Mehrheit mit diesem Ansatz gar nicht oder nur unzureichend beschäftigt. Auch machte die FWG Kaarst im zurückliegenden Jahr immer wieder darauf aufmerksam, dass der von der Politik propagierte Umstieg vom Heizöl auf Erdgas keinen umweltpolitischen Mehrwert erbringt. Wir machten deutlich, dass man bei diesem Umstieg zwar unter bestimmten Voraussetzungen CO₂ einsparen kann, aber durch die Gas Nutzung erhebliche Mengen von dem viel gefährlicheren Methan in die Umwelt freisetzt. Man kann durchaus den Eindruck gewinnen, dass in Sachen

Umwelt mehr auf Aktionismus, als auf Sachverstand gesetzt wird. Wir machten immer wieder darauf aufmerksam, dass die Anreicherung mit Mikroplastik eines unserer größten Umweltprobleme darstellt. Wir zeigten Lösungen auf, wie der allgegenwärtigen Belastung durch Plastik beizukommen ist. Wir präsentierten ein Unternehmen, das bereits seit 30 Jahren aus Plastik „nachhaltige“ Treibstoffe herstellen kann. Auch dieser innovativen Technik wurde von den regierenden Parteien kein Interesse entgegengebracht.

Die Energiekrise zwingt uns neben Wind- und Sonnenkraft auf weitere grüne Alternativen auszuweichen. Die Förderung von Biogas und Biomasse seien hier stellvertretend erwähnt. Die CDU hat dies mittlerweile bundesweit verstanden und fordert den rapiden Ausbau von Biogas- und Biomasse. In Kaarst beschäftigt sich die CDU nicht mit dem Thema, so dass

man sich fragen muss: Sind Sie noch in der CDU Herr Kotzian?

Das Allerheilmittel für CDU und Grüne scheint die Mobilitätswende zu sein. Der Autoverkehr soll in der Stadt sukzessive durch den ÖPNV und dem Umstieg auf das Fahrrad erfolgen. Das der ÖPNV derzeit kein ausreichendes Angebot an Dienstleistungen in den Außenbezirken und an Sonn- und Feiertagen bereitstellen kann ist bekannt und wird von der Politik schlichtweg ignoriert und totgeschwiegen. Unserer Meinung nach wird sich in der Breite, eine Verlagerung vom Auto auf den ÖPNV nur dann realisieren lassen, wenn das Angebot des ÖPNV's deutlich ausgebaut wird. Die Menschen sind derzeit nicht bereit unter den vorherrschenden Bedingungen das Auto als Hauptverkehrsmittel aufzugeben. Das belegen im Übrigen die weiter ansteigenden KFZ-Zulassungszahlen.

Eine Schlüsselfunktion für die Einnahmensituation unserer Stadt liegt in der konsequenten Vermarktung von Grundstücken hier sind besonders zu beachten:

- 1) Die Rahmenbedingungen wie Gewerbesteuer und Grundsteuer müssen für die Bewerber im gewerblichen und auch im privaten Sektor attraktiv sein.

Die Anforderungen an die Unternehmen müssen realistisch sein. Hohe Steuern und Abgaben führen nicht zu mehr Einnahmen, sondern sind für viele Unternehmen ein Grund sich nicht in der Stadt Kaarst anzusiedeln, oder diese zu verlassen. Einkommensstarke Städte wie Monheim haben das längst begriffen.

Seit etlichen Jahren sind den verantwortlichen Politikern „verwaiste“ Grundstücke wie zum Beispiel von IKEA bekannt. Anstatt diese Grundstücke

konsequent zu vermarkten, wurden Anforderungsprofile an die Bewerber erarbeitet, die kaum ein Unternehmen erfüllen kann. Für ungenutzte Grundstücke gibt es weitere Beispiele: Schule in Büttgen...

Die mangelnde Vermarktung unserer Grundstücke führt nicht nur zu erheblichen Mindereinnahmen beim Verkauf eben dieser Grundstücke, sondern führt zu Millionen Verlusten durch die Ausfälle beispielsweise bei der Gewerbesteuer, Einkommenssteuer, Lohnsteuer, Grundsteuer usw.

Rechnet man diese Positionen einmal zusammen, so ergibt sich für unsere Stadt nicht die Notwendigkeit Abgaben und Steuern zu erhöhen. Im Gegenteil, man könnte sich im Haushalt über ein nettes Plus freuen und darüber nachdenken, wie man diese Gelder im Sinne des Bürgers ausgibt.

Der Nordkanal

Schon vor einiger Zeit gab ich, aus eigener Tasche, eine Analyse zum Zustand des Nordkanals in Auftrag. Das Ergebnis war verheerend und wurde nie widerlegt. Im Schlamm konzentrierten sich dort Giftstoffe wie Arsen in gefährlicher Dosierung und bedrohen das Grundwasser. Auch hier sehen die regierenden Parteien keinen Handlungsbedarf, sehen in den Laborergebnissen keinen Grund zur Panikmache. Die Mitglieder der FWG Kaarst fragen sich, ob immer erst etwas passieren muss bevor die Politik handelt. In Anbetracht der letzten Überschwemmungskatastrophen wird dem Nordkanal eine besondere Rolle als sogenannter Vorfluter zugeschrieben. Darum ist es wichtig dieses Gewässer stetig von Unkraut und abgeschlagenen Hölzern zu befreien. Außerdem sollte die Feuerwehr mit den anderen Institutionen

regelmäßig Katastrophenschutzübungen durchführen. Um Überschwemmungsszenarien vorzubeugen kommt der Entsiegelung von versiegelten Flächen eine besondere Bedeutung zu.

Wenig überzeugend ist in Zeiten von Corona auch, dass sich die regierenden Parteien ihre Zuwendungen für die Fraktionen und ihre Ausschussmitglieder kräftig erhöht haben. Dieser Umstand wurde von der FWG Kaarst deutlich kritisiert. Es gibt Ausschussvorsitzende, die für 2-3 Sitzungen im Jahr mehrere Hundert Euro im Monat kassieren.

Unklar bleibt auch warum die Kleinstadt Kaarst sich in diesen schwierigen Zeiten eine 3. Bürgermeisterin leistet, dass bleibt ebenfalls das Geheimnis der regierenden Mehrheit.

Die FWG Fraktion wird sich auch in 2023 dafür einsetzen, dass man sich nicht an den Abwassergebühren, den

Grundsteuerbescheiden und den Gebühren für Straßenbauarbeiten vonseiten der Stadt in irgendeiner Weise ungerechtfertigt bereichert. Hier sei noch mal daran erinnert, dass trotz des OVG-Urteils in Sachen Abwassergebühren zu viel gezahlte Gebühren nur an die Haushalte rückerstattet worden sind, die gegen die zu hohen Gebühren Widerspruch eingelegt haben. Dieser Vorgang wurde durch die FWG-Fraktion öffentlich gemacht und scharf gerügt.

Familien wollen sich sicher fühlen, hier fordern wir die gezielte Zusammenarbeit von Polizei und Ordnungsdienst, um der Zusammenrottung randalierender Kräfte im öffentlichen Raum (Park Spielplätze etc.) entgegenzuwirken. Zur allgemeinen Verkehrssicherheit gehört auch die Auflösung des Sanierungsstaus auf öffentlichen Straßen und Wegen.

Die geplante Umgestaltung des Stadtzentrums und Stadtparks zerstört

nicht nur unzählige Bäume und die bestehende Infrastruktur, sie ist in der derzeitigen desaströsen Lage nicht finanzierbar. Das gleiche gilt für das geplante Parkhaus. In Zeiten wie diesen gilt es Dinge zu erhalten und nicht neuzubauen, so müssen sanierungsbedürftige öffentliche Gebäude zeitnah instandgesetzt werden. Besonders wichtig ist der Fraktion FWG Kaarst, dass sich bei allen Beteiligten die Vorstellung durchsetzt, dass man nur das ausgeben kann, was man auch erwirtschaftet. Budgetüberschreitungen von mehreren Hundert Prozent, auch bei Bauprojekten, schreien geradezu nach einer persönlichen Haftung der Entscheider! Insgesamt stehen wir für eine finanzielle Entlastung der Bürger- da, wo es machbar und sinnvoll erscheint. Wir sind uns als Fraktion darüber einig, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten keine Prestigeobjekte zu finanzieren, wenn der Bürger an allen Ecken und Kanten sparen muss.

Wir sind dem gesunden
Menschenverstand verpflichtet!

Ablehnen